

Die bildungspolitische Situation in der Bundesrepublik Deutschland und der Beitrag der Orden

Von Hanna-Renate Laurien, Mainz*

Das Thema, das Sie mir gestellt haben, ist abenteuerlich umfangreich; die bildungspolitische Situation darzustellen, den Beitrag der Orden, womöglich im Einzelnen und in den Unterscheidungen zu bischöflich getragenen Schulen, das wäre vermessen. Deshalb erlauben Sie eine Auswahl, ein paar Stichworte, die zuerst einmal die gegenwärtige bildungspolitische Situation mit ihrem Umschlagcharakter kennzeichnen sollen, und dann vielleicht ein paar Bemerkungen zu dem, was wir als Christen in diese Situation einbringen können.

I. DIE BILDUNGSPOLITISCHE SITUATION

Neu, obwohl dem Kenner schon lange bewußt, ist, daß man den Zusammenhang zwischen Bildungssystem und Beschäftigungssystem wiederentdeckt. Die etwas oberflächliche Formulierung, die man in Diskussionen noch vor kurzem hören konnte: „Was macht es denn, wenn der Tankwart Abitur hat?“, weicht der Einsicht, daß es ein Verzicht auf menschliches Glück ist, wenn ein Abiturient nur noch Tankwart werden kann! Die Bundesrepublik Deutschland, die in ihrem Beschäftigungssystem 4% Akademiker aufweist, ist vor die harte Wahl gestellt, ob sie denn ein Bildungssystem aufbauen und verkraften kann, das in den Zukunftsplanungen 25% Abiturienten produziert. Vor dieser Schere stehen wir, und die Antworten fallen sehr unterschiedlich aus. Die gewerbliche Wirtschaft, in der z. Z. 2% Akademiker tätig sind, erklärt, daß sie maximal den Akademikeranteil auf 3% steigern kann, aber niemals auf 20%. Das heißt, daß wir hier vor Disparitäten der Bildungsproduktion und der Aufnahmemöglichkeiten im Beschäftigungssystem stehen. Der Numerus clausus ist nur ein Teilproblem; denn auf die Dauer ist es gnädiger, jemandem einen Studienplatz nicht zu geben, als ihm einen Arbeitsplatz als Akademiker zu verweigern. Diese Einsicht bricht sich langsam Bahnen. Eine Konsequenz aus dieser Einsicht: die Gestaltung im Hochschulbereich und die Akzentuierung der beruflichen Bildung, so daß ich eben nicht jeden zum Abitur verlocke, sondern eine stärker differenzierte Angebotsform über die berufliche Bildung entwickelt wird, die nicht als Absteigequartier, sondern als gleichrangige Bildungsmöglichkeit gilt. Und noch einmal etwas polemisch formu-

* Grundsatzreferat der Staatssekretärin im Kultusministerium Rheinland-Pfalz, Frau Dr. Hanna-Renate Laurien, bei der Mitgliederversammlung der Vereinigung Deutscher Ordensobere am 9. Juni 1975 in Würzburg.

liert: Die Behauptung, daß ein Bildungssystem um so besser sei, je mehr Abiturienten es hätte, scheidet vor den Tatsachen der Jugend- und der Akademikerarbeitslosigkeit in ganz Europa.

Was hat das hier mit uns zu tun? Das hat sicher die Einsicht zu fördern, daß das Engagement im Bereich der beruflichen Schule von katholischer Seite, von christlicher Seite, von Ordensseite nicht ausgelassen werden darf.

Ganz eng mit dieser Situation hängt zusammen die Entwicklung des Lehrerangebots. Die Pauschalierung von Lehrerschwemme und Lehrermangel ist sicherlich falsch, weil es eine differenzierte Frage ist. Nur: schon seit 1971 warnen etwa Herr Minister Dr. Vogel oder Herr Minister Hans Maier nachdrücklich, immer noch Lehrerlaufbahnen zu wählen. Aber niemand hat die Zahlen und Warnungen ernst genommen. Wir stehen vor dem Faktum, daß die Sättigung in den Lehrerberufen zwar unterschiedlich rasch, je nach Schulart und Fächern, sich vollzieht, daß sie sich aber prinzipiell in allen Bereichen abzeichnet. Es gibt sicher in den Naturwissenschaften noch leichter eine Chance, es gibt sicher am längsten noch in der berufsbildenden Schule eine Chance. Wenn ein Verband wie der Philologenverband in dieser Situation eine Analyse vorlegt, daß in Rheinland-Pfalz 1500 Lehrer fehlen, dann ist das richtig; der Philologenverband ist aber besonnen genug, dem hinzuzufügen, daß ab dem 8. Semester und höher allein in Rheinland-Pfalz ca. 2000 Lehrer für das höhere Lehramt studieren, d. h. der totale Mangel könnte allein durch die abgedeckt werden, die heute im 8. Semester und höher studieren. Die Zahlen des Bildungsgesamtplanes für die Lehrer-Schüler-Relation sind dabei schon eingerechnet. Und die brutale Situation, die jeder, der mit Bildungspolitik zu tun hat, zur Kenntnis nehmen muß, lautet: selbst wenn trotz noch zunehmender Schülerzahl im Sekundarbereich II und im Hochschulbereich von heute an kein einziger Lehrer mehr eingestellt würde, hätten wir dennoch 1982 auf 16 Schüler einen Lehrer. Warum? Weil der Pillenknick in einer dramatischen Form Schritt für Schritt in das Bildungssystem hineinwächst. Heute Mangel, morgen Überschuß, das ist ein Problem von volkswirtschaftlich aufregende Dimension. Der Steuerzahler verlangt natürlich, daß man einen Lehrer, der 30 Berufsjahre hat, nicht nur für 5 Jahre braucht. Der Pillenknick — 1969: 1,2 Mio. Lebendgeburten in der Bundesrepublik, 1974: 650 000 Lebendgeburten inklusive Ausländerkinder, und die Berufung darauf, daß es in meinem Dorfe anders sei, hilft in dem Moment nicht, wo ich in den statistischen Durchschnitt gehe. Kinder, die nicht geboren sind, können weder zur Schule gehen noch studieren. Dies ist einfach eine harte Realität. Welche Folgen das übrigens versicherungsmäßig für das Sozialbudget usw. hat, ist noch nicht zu Ende gedacht. Sicher, auf die Dauer kann sich das einpendeln, auch ein sterbendes Volk kann sich finanzieren, nur in dem Moment, wo die großen Alten-Jahrgänge da sind und die Beschäftigtengruppe relativ klein ist, stellt sich die Frage

nach dem Sozialbudget. Warum nenne ich das? Weil schon heute die Konkurrenz von Sozialbudget und Bildungsbudget nicht zu übersehen ist.

Noch ein Wort zur Lehrersituation im Nachtrag. So schlimm es war in den Zeiten des Lehrermangels — der Kenner hat schon lange die Einsicht gewonnen, daß die Zeit des Lehrerüberangebots dramatischer wird, weil sie für die Betroffenen persönliche Probleme bringt und weil gerade dann Ordensschulen unter den moralischen Druck geraten können, statt des Fähigen den Sozialfall einzustellen. Das darf nicht sein, hier muß die Qualität eingebracht werden. Es gibt übrigens in keinem Beruf eine Beschäftigungsgarantie. Hier gibt es nur die Alternative, entweder Planwirtschaft mit unter den Teppich gekugelten Schwierigkeiten oder soziale Marktwirtschaft mit Angebot und Nachfrage, die eben nicht ohne Risiko ist. Allerdings, dann muß man die Studienplätze umwidmen, damit man nicht durch den Anreiz, Bestimmtes zu studieren, Leute in Berufsbahnen lockt, die nachher gnadenlos verstopft sind. Vor dieser schwierigen Aufgabe der Umwidmung von Studienplätzen für Lehrer an Grund- und Hauptschulen in andere akademische Laufbahnen befinden wir uns heute. Es stimmt zwar, daß man z. Z. noch jedem Studienbewerber einen Studienplatz bieten kann: wer bei Zahnmedizin nicht unterkommt, könnte Theologie studieren. Dieser Satz ist unstrittig noch richtig, aber schon in 2 oder 3 Jahren wird der Numerus clausus absolut 20% betragen. Da spitzen sich die Probleme weiter zu — auch für die Fächer mit weniger hartem Numerus clausus. Ich bekomme schon Briefe besorgter Frommer, die schreiben: „Merkt ihr eigentlich nicht, daß Leute jetzt Theologie studieren, die eigentlich etwas ganz anderes wollten, die nur den Studienplatz suchen, aber nicht die Theologie?“ Natürlich! Meine Antwort: Lassen Sie uns auf die bekehrende Kraft des Studiums hoffen . . .

Lassen Sie mich in einer gewissen Unverbundenheit noch eine Bemerkung bringen. Wer behaupten würde, eine so komplexe Situation wie die der Bildungspolitik in unserer Gesellschaft hier kausal oder final erklären zu wollen, der würde sich gewiß übernehmen. Man kann nur gewisse Brennpunkte der momentanen Situation aufweisen. Auch wenn die Finanzlage sich nicht so dramatisch verschlechtert hätte, wie sie sich verschlechtert hat, würde die eben erwähnte Frage von Akademikerangebot, Lehrerangebot sich 1977 unausweichlich gestellt haben. Sie stellt sich jetzt ein, zwei Jahre früher. Die Finanzlage ist so, daß wir nach der letzten Äußerung der konzertierten Aktion ein Nullwachstum bereits als Erfolg betrachten, während alle Planungen noch von einem Zuwachs des Brutto-sozialprodukts von 4%, in der Zwischenplanung dann von 2%, inzwischen von 1% und nun also von 0% ausgehen. Wer die staatlichen Eckdaten von 1976 kennt, weiß, daß die Lage 1976 zu drastischen Kürzungen sogar im Bestand führen wird, daß manches Land jede zweite freiwerdende Planstelle nicht mehr besetzen kann. Von Stabilität reden heißt auch ent-

sprechend handeln. Wir befinden uns allerdings nicht in einem so verheerenden Ausgangsstadium wie etwa 1945, sondern in den letzten Jahren ist in Bildung investiert worden, so daß die anderen Ressorts bereits die Unersättlichkeit dieses Bereiches kritisieren. Aber dessen Unersättlichkeit liegt daran, daß er immer neuen Nachwuchs kriegt, und nicht an der Unersättlichkeit der Professoren oder Lehrer, wie manche behaupten.

Einige Zahlen: 50 Mill. pro Jahr werden etwa für die Bildung ausgegeben. Der Verteidigungsetat beträgt 30 Mill., der Sozialetat 300 Mill. Der Gesamtstaatshaushalt hat sich von 1970 bis 1973 um 43% erhöht, im Bildungswesen um 70%. Die Rechnungshöfe rechnen uns inzwischen vor, daß die Zahl der Hochschulprofessoren sich stärker erhöht hätte als die Zahl der Studenten, und werfen uns mangelnde Effizienzkontrolle vor. In dieser Situation, in der die staatlichen Ressourcen enger werden, werden auch die kirchlichen Finanzen enger: denn in begnadeter Einsicht haben sich unsere kirchlichen Obern nicht geeinigt, die notwendige Vereinheitlichung des Kirchensteuersatzes in der Bundesrepublik nach oben zu vollziehen, sondern in einer doch auf Gnade kaum mehr rechnenden Haltung haben sie gemeint, sie hielten die Gläubigen nur bei der Stange, wenn sie sich auf den niedrigeren Prozentsatz einigen. Noch ist die Einigung auf 9% nicht endgültig vollzogen, sondern einige Diözesen und auch bestimmte Seiten der evangelischen Kirche wollen immer noch auf 8% senken. Das heißt letztlich, die soziale Präsenz der Kirche beschneiden. Darüber sind die Debatten erheblich. Auch über die Verfahren im Zusammenhang mit der Steuerreform. Hier muß die Kirche reagieren, weil das Kinderhaben sich nicht mehr auf den Steuersatz unmittelbar auswirkt, sondern durch das Kindergeld beantwortet wird. Falls Kirchensteuer wie bisher glatt prozentual von der Steuersumme einbehalten würde, würde jeder, der Kinder hat, überproportional Kirchensteuer bezahlen; das geht sicherlich nicht. Es sind nun sehr pauschalisierte Befreiungstatbestände geschaffen worden, über deren Ausmaß man sicher deshalb streiten kann, weil Millionen der Bevölkerung mit einem bestimmten Einkommen künftig keinen Pfennig Kirchensteuer mehr bezahlen. Und ob damit nicht auch Bindungen in Gefahr gestellt werden, das mag man zumindest nachdenklich fragen. Kultusminister Dr. Vogel hat vor kurzem im Zusammenhang mit der Kirchensteuerreform erklärt, daß ärmliche Beschlüsse noch lange keine arme Kirche geben.

Ich nenne dies hier, weil in der konkreten Situation der Orden und Diözesen die Frage nach der pastoralen Konzeption lautet: Was wollen wir, wenn wir nicht alles können? Geben wir den Sozialaufgaben den Vorrang, oder erkennen wir auch die Bedeutung der Bildung? In einer Zeit, in der die Allergie gegen Bildung sich ausbreitet, in dem sie jeden Saal zu Beifall bewegen können, wenn sie sagen: das ganze Geld für die Bildungsreform ist doch nur in die Lehrgelöhälter gegangen, diese Stimmung, die

sich z. Z. in bestürzender Weise in Fraktionen und Bierstuben breit macht, diese Stimmung dürfen wir nicht laufen lassen, wir müssen sie ganz ernsthaft aufnehmen und unsere Antwort setzen, daß Bildung Brücke in die Zukunft ist und daß wir diesen Bereich nicht preisgeben dürfen, nur weil die Luft etwas stürmischer geworden ist.

Auseinandersetzungen mit den Inhalten von Schule und Hochschule haben zu dieser kritischen Bewertung beigetragen. Ich muß Ihnen nicht berichten, wie die Ideologisierung von Unterricht und Lehre sich auszubreiten suchte. Aber wer da meint, nur weil es stiller geworden ist, seien diese Bewegungen nicht mehr da, der irrt sich sicher. Die Leute sind inzwischen nicht mehr in den Primitivfassungen bestimmter Richtlinien, aber sie sind unverändert in der Einseitigkeit von Nachfolgern der Frankfurter Schule, d. h. die ideologische Auseinandersetzung geht weiter, und die Frage nach den Bindungen und Werten ist ganz sicher gestellt.

Die Planungen um die Hochschule in katholischer Trägerschaft, die zur Zeit aus dem Raum Fulda leben, müssen wir gerade in diesem Zusammenhang aufnehmen. Eine solche Neugründung setzte ein derartiges finanzielles Engagement voraus, daß man fragen muß, wie weit dies von der katholischen Bevölkerung bejaht und getragen wird. Diese Frage ist letztlich in aller Härte: Hunderte von Sozialstationen und Kindergärten oder eine Hochschule? Es ist nicht nur an eine katholische Hochschule mit Theologie als Fachangebot gedacht, sondern an eine Hochschule, die mit Ausnahme der Medizin — dem teuersten Fach — alles anbieten soll, um ein ideologisches Gegengewicht im Sinne der Freiheitlichkeit und Wertorientierung zu setzen. Was aus dem Plan wird, weiß bis jetzt noch niemand. Und doch ist in dieser Situation zu fragen: Sollen und wollen Orden einen Beitrag leisten?

II. AUFTRAG DER ORDEN

Als der Strukturplan für das Bildungswesen 1970 veröffentlicht wurde und man schon damals feststellte, daß ein Übergewicht des nur Rationalen, des nur Kognitiven in diesem Plan steckte, hat Picht eine mich sehr betroffen machende Äußerung publiziert, die lautet: „Dieser Strukturplan muß durchgeführt werden, denn auf anderem Wege ist der Bedarf der Gesellschaft an qualifizierten und gut adaptierten Nachwuchskräften nicht mehr zu befriedigen. Aber wenn je ein Schulsystem, so ist dieses auf ein Antisystem angewiesen, das seine Opfer aufzufangen vermag und seine Einseitigkeiten kompensiert. Die freien Schulen hatten schon immer jene erzieherischen Aufgaben zu lösen, die das staatliche Schulwesen seiner Struktur nach nicht bewältigen konnte.“ Das heißt der Beitrag wäre dann ein kompensatorischer; boshaft formuliert — der Krankenwagen auf dem Schlachtfeld der staatlichen Gesellschafts- und Bildungspolitik. Das wäre der Beitrag der Orden und der freien Schulen.

Ich will keineswegs leugnen, daß diese kompensatorische Funktion in der Geschichte der Orden und der freien Träger eine Rolle gespielt hat. Denken Sie nur an die Zuwendung zu den Armen, zu den Kranken, die Zuwendung zu den Mädchen als bildbaren Wesen — alles kompensatorische Antworten kirchlicher Träger. Diese Linie läßt sich fortsetzen, im 19. Jahrhundert etwa die heilpädagogischen Einrichtungen. Ich will es wahrhaftig nicht leugnen, daß hier ein kompensatorischer Beitrag geleistet wird, aber auf keinen Fall ist die Begründung des Beitrags von Schulen in kirchlicher Trägerschaft nur aus solcher Kompensation herzuleiten. Hier sagt uns unser Gesellschaftsverständnis etwas anderes.

Für unser Gesellschaftsverständnis ist die Vermittlung und der Bestand von Alternativen wesentlich, die Frage also, ob ein Einheitskonzept oder ein plurales Konzept vorhanden ist, wobei übrigens Pluralität nicht bedeutet chaotisches Durcheinander, nicht bedeutet gleichgültige Beliebigkeit, wohl aber Wertpluralismen. Hier sind wir an einer auch politisch aktuellen Frage, wenn ich etwa das im Moment beiseite gewischte FDP-Kirchenpapier aufgreife. Zwischen Wertpluralismus und Wertneutralität ist ein großer Unterschied. Ein Staat, der sich wertneutral verhält, diktiert im Grunde die Weltanschauung der Null. Ein Staat, der Wertpluralismus ermöglicht, ohne selbst die Inhaltsantworten dieses Pluralismus zu geben, das ist der Staat unseres Grundgesetzes. Das heißt, dieser Staat muß die wertbezogene und freiheitliche Selbstverwirklichung seiner Bürger ermöglichen.

Das ist nicht nur ein philosophischer Grundsatz, das hat auch finanzielle Konsequenzen, d. h. nämlich, daß die gleichrangige Förderung des freien Trägers erst diesen Wertpluralismus ermöglicht im Schulbereich, im Bereich der Weiterbildung. Nehmen Sie etwa den Bildungsgesamtplan in der ersten, zweiten und dritten Phase. Da stand beim Kapitel „Weiterbildung“ der freie Träger nur dann in gleichrangiger Förderung, wenn der Staat Versorgungslöcher gelassen hätte. In der jetzigen, 1973 verabschiedeten Fassung klingt es anders. Das war ein Beratungsergebnis des eingebrachten Sondervotums der CDU/CSU-regierten Länder. Dieses Votum verlangte gleichrangige Förderung des freien Trägers bei gleicher Leistung. Wird Pluralismus zugelassen unter den Bedingungen der Selbstfinanzierung, dann haben sie entweder einen absterbenden Pluralismus, oder sie machen das weltanschaulich ausgewiesene Angebot nur dem zugänglich, der es bezahlen kann, und das ist laut Grundgesetz nicht das plurale Konzept unserer Gesellschaft.

Von daher stellt sich nun der Auftrag, unsere Alternativen auch sichtbar werden zu lassen. Es ist tatsächlich die Frage, ob denn Weiterbildungseinrichtungen in der Trägerschaft von Kirche und Orden noch Volkshochschulen in der Systematik übertreffen sollten, aber gleichzeitig vom Staat

finanziert werden. Oder ob im Religionsunterricht die Grundgesetzferne zulässig ist, weil dieser Unterricht nicht der Aufsicht des Staates unterliegt, aber in der öffentlichen Schule erteilt wird. Ich weiß von einer Reihe von Eltern, daß sie die christliche Sinnvermittlung bei sehr weit gespanntem Verständnis manchmal im Religionsunterricht nicht finden. Brecht lesen — einverstanden. Aber im Religionsunterricht Brecht lesen und nur Pseudosozilogie betreiben, das ist ja wohl nicht der vom Grundgesetz eingeräumten Stellung des Religionsunterrichts entsprechend. Er hat sein Vorrecht, weil er nicht nur Soziologie vermittelt, sondern etwas, was sich letztlich soziologischen und anderen Maßstäben entzieht. Wenn er diese Aufgabe nicht wahrnimmt, gräbt er im Grunde sich selbst die Existenzberechtigung ab. Das heißt, nicht einem dümmlichen Konzept das Wort reden, aber einem Konzept, in dem das unterscheidend Christliche auch sichtbar und erfahrbar wird. Die große Frage an uns ist: Leisten wir eigentlich in unseren Bildungseinrichtungen in katholischer Trägerschaft bis hin zu den Hochschulgemeinden wirklich den Beitrag, an dem andere erkennen können, daß es sich um einen christlichen Beitrag handelt? Dies als Frage!

III. DAS UNTERSCHIEDENDE

Woran könnte dieser Beitrag erkennbar sein? Um nicht mißverstanden zu werden, zunächst eine Vorbemerkung. In vielen Einrichtungen, Weiterbildung, Schule, Kindergarten, Hochschulseelsorge wird ein solches Konzept verwirklicht, nur sind das Inseln des einzelnen Tuns, und die Öffentlichkeit hat bisher trotz der Bildungsvorlage der Synode durchaus nicht den Eindruck eines Konzeptes auf christlicher Basis.

3.1 Mut zum Erziehen

Man geht zwar — um Mainzer Beispiele zu nennen — mit Wonne ins Willigis-Gymnasium, man geht mit Wonne in die Maria-Ward-Schule und in das Theresianum, weil in all diesen Schulen großartige Erziehungsarbeit geleistet wird. Wir beobachten einen förmlichen Run auf katholische Schulen, weil dort noch erzogen wird. Oder wie es mir neulich in Hamburg ging bei der Einweihung des Erweiterungsbaues der Sophie-Barat-Schule, deren Schulleiterin bei mir einmal Referendarin war, daß die Kinder begeistert klatschten, als es hieß: Hier wird noch Erziehung vermittelt. Nur, ist das bereits in ein Konzept übertragen, von dem die Öffentlichkeit Kenntnis nimmt? Sind wir hier nicht bescheiden zufrieden mit der Abstimmung mit den Füßen, anstatt ein unsere Alternativen sichtbar machen des Konzept darzustellen?

Erziehen, das heißt Hinführen zu wünschenswertem Verhalten, zu wünschenswerten Vorstellungen, d. h. man müßte sich über das Wünschenswerte verständigen können. Hier liegt die große Chance in unserem

christlichen Bereich, daß es uns vielleicht gelingen könnte, uns über das Wünschenswerte menschlicher Verhaltens- und Lebensformen zu verständigen. Denn in unserer Gesellschaft, das muß in aller Härte gesagt werden, fehlt es an dieser Verständigung über das Wünschenswerte, obwohl doch das Grundgesetz dazu eine Basis vermitteln will. Wie tief der Dissens in unserer Gesellschaft reicht, hat wohl die Diskussion um § 218 verdeutlicht und verdeutlicht zur Zeit die Diskussion um die Eherechtsreform und das Scheidungsfolgenrecht. Hier klaffen die Unterschiede weit auseinander, und es ist sicher ein Vorwurf an die politischen Parteien, daß Grundsatzprogramme immer nur kurz vor Wahlen herauskommen, anstatt Grundsatzprogramme zur geistigen Auseinandersetzung zu benutzen, um den Sockel der Gemeinsamkeit, auf dem dann die Alternativen ruhen, zu formulieren und bewußt zu machen. Ohne solche Gemeinsamkeit kann kein Volk leben, denn dann gibt es nur Feinde und Freunde, dann gibt es nur eine Gerechtigkeitspartei und eine Ungerechtigkeitspartei. Während der Sockel der Gemeinsamkeit, und das ist der Sinn des Grundgesetzes, aus diesen Feinden Gegner werden läßt, statt der Urfeindschaft der Gerechtigkeits- und Ungerechtigkeitspartei Alternativen bietet. Im demokratischen Verständnis mit jenem Sockel der Gemeinsamkeit soll der Bürger wählen können, nicht verurteilen müssen. Genau das ist eines der entscheidenden geistigen Probleme heute, was auch den Erziehungsbereich so schwierig macht.

Die Frage nun: Kann nicht innerhalb des christlichen, des katholischen Bereichs deutlicher als bisher gemacht werden, welches denn unsere Minimalformen der Gemeinsamkeit sein könnten? Nehmen Sie nur ein Stichwort wie Autorität in diesem Zusammenhang. Der Unterschied zwischen autoritär sein und Autorität haben, ist verloren gegangen. Er muß zurückgewonnen werden, denn Erziehung ohne Autorität ist nicht vorstellbar, so sicher wie Erziehung ohne autoritär sein wünschenswert wäre. Ein ganz entscheidender Unterschied. Autorität im Erziehungsvorgang heißt zumindest einen Erfahrungsvorsprung haben, der nicht ersetzbar aber im fortschreitenden Erziehungsvorgang einholbar ist. Zum Schluß sollte Autorität entbehrlich sein. Aber um so etwas zurückzugewinnen, könnte der Beitrag unserer Bildungseinrichtungen sozusagen Leitlinien vermitteln, weil noch die große Chance in unserem Bereich besteht, daß wir wissen, daß keiner von uns die Autorität aus sich hat, daß nur einer die letzte Autorität hat und wir alle nur abgeleitete Autoritäten haben. Oder wir können vermitteln, daß bestimmte Werte Vorrang haben müssen vor anderen und daß die absolute Gleichrangigkeit aller Werte letztlich zu einer Verwilderung der Sitten führt. Die Konsequenz daraus wäre, daß in keiner Schule so deutlich und in keiner Weiterbildungseinrichtung so deutlich wie in den katholischen die Qualifizierung der Eltern für ihre Aufgaben erfolgen sollte. Hier ist ein Loch, das ich immer wieder beobachte. Die

Eltern sind in einer Weise verunsichert, daß es einen erschrecken kann. Pseudo-Illustrierte ernähren sie oft mit Pseudowissenschaftlichkeit. Sie wollen es richtig machen. Viele Eltern sind so verunsichert durch diese Pseudowissenschaft, daß sie nicht mehr riskieren, Selbstverständlichkeiten menschlichen Umgangs einzubringen, ja daß zum Teil Lehrer heranwachsen, die zwar über die Seinsbefindlichkeit reden können, aber vergessen haben, daß man einem Kind auch einmal mit der Hand über den Kopf streicht. Es gibt hier ein aufregendes Buch, von einem Sozialdemokraten geschrieben, das pädagogisch großartig ist. Der Verfasser heißt Job-Günter Klink, das Buch heißt: „Klasse 7 He.“ Dieser Professor, der seit 10 Jahren in einer Hochschule tätig ist, hat mit 17 Wochenstunden neben seinem Hochschulamt eine Hauptschulklasse, 7. Schuljahr, in Hamburg übernommen, und dieses ist das Logbuch seiner Erfahrungen. Ich kann nur empfehlen, sich dieses Buch einmal anzuschauen, was dort an Praxisbezug, an Menschlichkeit enthalten ist, die uns zur Zeit in Pseudowissenschaftlichkeit verloren zu gehen droht. Hier muß katholische Bildungsarbeit einen Akzent in bewußter und gezielter Elternarbeit setzen.

3.2 Chancengerechtigkeit

Lassen Sie mich nun ein paar andere Stichworte aufgreifen, etwa in diesem Zusammenhang mit der Elternarbeit das Stichwort Chancengleichheit. Chancengleichheit, oder wie wir besser sagen: Chancengerechtigkeit, d. h. letztlich Hilfen geben, um Startchancen auszugleichen. Das ist die Rechtfertigung für Kindergärten, für vorschulische Hilfen. Das heißt aber nicht die Zielgleichheit ansetzen. Zielgleichheit geht auf Kosten menschlicher Freiheit. Das Aushalten der Unterschiedlichkeiten muß sichtbar werden, d. h. daß Orden auch und gerade Hauptschulen tragen sollten. Ich weiß, daß nicht alle Schulgesetze das zulassen, genau da muß politisch argumentiert werden. Hier müssen Akzente gesetzt werden, daß z. B. das Erziehende gerade auch, und sei es nur an ein paar Signalstellen, Hauptschul-Eltern und Hauptschülern vermittelt wird.

3.3 Personale Verantwortung

Lassen Sie mich nun auf den Schüler schauen, was dem Schüler und Studenten in unserem Konzept als Alternative sichtbar werden sollte. Ich möchte in die Mitte zwei Stichworte setzen: Verantwortung als personale Pflicht und die Sozialpflichtigkeit der menschlichen Existenz. In den heutigen Erziehungskonzepten drohen Selbstbestimmung und Emanzipation zu Überschriften für totale Rücksichtslosigkeit zu werden. Auch hier hat die Debatte um § 218 ein Grundmißverständnis von Emanzipation gezeigt. Sie hat gezeigt, daß man Freiheitlichkeit mit Rücksichtslosigkeit verwechselt, daß man die Bedeutung biologischer Tatbestände für die Existenz des Menschen leugnet, natürlich auch, daß eine Männergesellschaft sich gar

zu leicht ihrer Verpflichtung ledig wissen wollte. Das Mißverständnis um Emanzipation und Selbstbestimmung ist erheblich. Mancher schreibt Emanzipation mit zwei „n“, das heißt dann nur: „Weg vom Mann“. Der totalen Individualität müssen wir die personale Verantwortung entgegen setzen. Es ist jedoch nicht nur die Auseinandersetzung mit dem totalen Individualismus, wir haben auf der anderen Seite auch gleichzeitig die totale Milieutheorie zu bestehen. Lassen Sie mich etwas überzogen sagen: Wenn früher ein Kind sitzen blieb, meinte man unklugerweise, Prügel könnten helfen. Wenn heute ein Kind sitzen bleibt, dann wird nicht selten gesagt: das konnte gar nicht anders sein, mein Lehrer ist sozialkommunikativ gestört, mein Vater ist autoritär, und meine Mutter ist frustriert, mir blieb nichts anderes übrig. In dieser Überzeichnung soll deutlich werden, daß wir gegen den übersteigerten Individualismus und gegen die übersteigerte Milieutheorie personale Verantwortung einbringen müssen, die Entscheidungsräume entdeckt. Konkret: für Schulen in freier Trägerschaft ist das Aufspüren der Entscheidungsräume, das Anbieten von Verantwortung, auch für den Schüler, ein nachdrückliches Erziehungskonzept. Teilhabe also, nicht im Sinne einer Flucht in Gremien, wo niemand mehr zuständig ist, sondern in der Form konkreter Teilhabe und Mitgestaltung. Das ist in einem Konzept zu formulieren und zu leben.

3.4 Die soziale Dimension

Das nächste Stichwort: Soziale Dimension. In der Gesellschaftspolitik heute, vor allem in der sich auf das Arbeitsrecht beziehenden Politik, erscheint der Beruf so ungefähr als das größte Übel, dem man nur mit Arbeitszeitverkürzungen und Urlaubsanspruch begegnen kann. Die Überschrift heißt: Sozialer Fortschritt ist, wenn wir immer weniger arbeiten und immer besser leben. Die 40-Stunden-Woche gilt schon als überholt, die 36-Stunden-Woche wird angeführt. Man meint, daß ein Leben sinnvoll würde, wenn sein Anteil an Freizeit wächst. Wir müssen, und zwar konzeptionell und praktisch, einbringen, daß nur ein als sinnvoll erkanntes Leben sich in Beruf und Freizeit sinnvoll verwirklichen kann und daß wir durch unsere Berufstätigkeit aus unserer Einzelexistenz eine soziale Existenz machen. Wobei Beruf hier ganz weit zu fassen ist, den Kontemplativen einschließt, die Mutter daheim einschließt, die alles andere als kontemplativ leben kann, das heißt also nicht nur lohnabhängige Tätigkeit. Durch die soziale Dimension des Berufs werden wir für den Mitmenschen in besonderer Weise wichtig. Nicht nur das Überstundenvergütungsbewußtsein sollte durch uns vermittelt werden. In den politischen Wissenschaftskreisen wird z. Z. um die Frage, wie die Anspruchshaltungen in unseren westlichen Gesellschaften verändert werden können unter den Bedingungen der Freiheit. Immer, wenn man nicht mehr weiter weiß, soll es die Schule machen. Wir wissen zwar nicht, zu welchen Haltungen erzogen werden soll, aber die Schule soll dahin führen. Das ist wie mit

dem Tag des Baumes und dem 17. Juni. Immer, wenn die Nation ein schlechtes Gewissen hat, kriegt es der Bildungsbereich zugewiesen. Wenn die Verkehrsofopfer zunehmen, sollen die Schulen Verkehrsunterricht halten, wenn die Umwelt gefährdet ist, sollen die Schulen der Umwelt gedenken, wenn das Rechtsbewußtsein unterentwickelt ist, wird das Fach Rechtskunde gefordert. Am Schluß hat der normale Bürger die 36-Stunden-Woche und der Schüler am Tag 36 Stunden Unterricht.

Wir müssen also nicht nur die Schule, wir müssen uns, diese Gesellschaft ansprechen. Verändernde Haltungen sind gefordert. Ein anderes Verständnis von Sozialpflichtigkeit auch innerhalb der Berufstätigkeit ist vonnöten. Und wir müssen als Beitrag unserer Bildungsarbeit auch die sozialen Dienste neu bewußt machen. Wenn wir alles, was an sozialer Hilfe benötigt wird, bezahlen und vom Staat organisieren lassen, scheitern wir. Ich habe vorhin die 300 Milliarden Kosten für das Sozialsystem genannt. Wir sehen klar vor uns, daß der Sozialbereich an der Kostenexplosion scheitern kann. Wir können die Sozialversicherungsbeiträge nicht ins Uferlose erhöhen, sondern wir müssen fragen, welche Leistungen durch Nachbarschaftshilfe ausgegliedert werden können. Eine Gesellschaft, die sich jede selbstverständliche Hilfe bezahlen läßt, scheitert finanziell, aber auch mehr als finanziell, denn die Totalvorsorge durch den Staat ist auch die totale Verplanung durch den Staat. Die Freiräume werden dann ausgelöscht. Dies sind zum Teil die großen politisch bewegenden Fragen, in denen es um die Regierbarkeit und Steuerungsfähigkeit von Demokratien geht, in denen es darum geht, ob der Bürger nur Anspruchshaltungen einbringt und sagt: — ich will es an einem ganz banalen Beispiel deutlich machen — — „Ich kann neue Mathematik nur unterrichten, wenn ich nur 20 Kinder vor mir habe“, statt zu fragen: „Wie kann ich sinnvoll unterrichten, wenn ich 35 Kinder, ja auch 40 Kinder in der Klasse habe?“ Diese Umkehr der Frage muß von uns vermittelt werden.

Wir haben in diese soziale Dimension auch noch einzubeziehen, daß in unserem Erziehungskonzept eine unnatürliche Verkopfung vorherrscht. Rheinland-Pfalz ist das einzige Land in der Bundesrepublik, das zwei Stunden Musikunterricht für die gesamte Schulzeit in den Stundentafeln durchhält. Das ist ein sehr bewußt gesetztes Pünktchen; denn diese Stunde, auch noch der Mathematik gegeben oder der Biologie, würde einen Bereich noch weiter schwächen, der im heutigen Bildungssystem unterbeleuchtet ist. Die nur kognitive Erziehung, die an den staatlichen Schulen dominiert, muß von den Schulen in freier Trägerschaft beantwortet werden durch Gestaltendes, durch Musikalisches, durch Künstlerisches und durch Soziales, so daß hier der Mensch als ein Ganzes angesprochen wird. In Bildungsangeboten freier Träger bis zur Weiterbildung sollte man den Mut haben, diesen Bereich entsprechend auszufüllen.

3.5 Erfahrung des Glaubens

Aber über all dies hinaus ist noch eine Bemerkung nötig, nämlich: Wird eigentlich in Bildungsangeboten, in Kindergärten, in Schulen die Erfahrung des Glaubens vermittelt? Ich bin sicher, daß Sie in Ihren Arbeitsgemeinschaften hier viel Gründlicheres sagen können als ich es andeuten kann. Es reicht eben nicht, Kindergärten zu unterhalten, Sozialstationen und Schulen zu führen, sondern es muß in diesen Einrichtungen, wenn sie im Pluralismus die christliche Antwort zur Geltung bringen sollen, auch deutlich werden, daß hier Christentum verkündet und gelebt wird. Etwa daß die quälende Suche nach dem Sinn menschlichen Daseins vom Christen nicht vollzogen werden muß, weil ihm Sinn geschenkt ist. Wo wird das sichtbar? Wo wird in der Deutung des menschlichen Daseins diese Konzeption auch in unseren Bildungseinrichtungen erfahrbar? Oder genieren wir uns, dieses christliche Konzept auszusprechen? Verwechseln wir Toleranz mit der Schwächlichkeit unserer Antwort? Ich will damit wahrhaftig keinem militanten Christentum das Wort reden, aber einem, das man schon erkennen können muß. Wenn Deutsch- und Biologieunterricht sich in nichts, in gar nichts von dem der öffentlichen Schule unterscheiden, dann ist letztlich die Berechtigung der freien Trägerschaft in Frage gestellt. Im alternativen Konzept muß das unverwechselbare Angebot sichtbar werden.

3.6 Verhältnis zur Öffentlichkeit

Das hat alles Konsequenzen. Man müßte also stärker in die Öffentlichkeit hinein berichten, was wir tun. Die Katholiken und ihr Verhältnis zur Presse, das ist ein Stichwort! Die Katholiken und ihr Verhältnis zur Öffentlichkeit! Wir brauchen den Mut zum Widerstand. Frau Professor Elisabeth Noelle-Neumann von Allensbach hat über ein Experiment berichtet: Sie hat an die Wand gleichlange Linien malen lassen und hat 8 Versuchsteilnehmer davorgesetzt. 7 Versuchsteilnehmern hat sie gesagt: ihr müßt sagen, daß zwei Linien kürzer sind als die anderen. Das ist zwar nicht so, aber bitte sagt es. Der 8. Teilnehmer wurde nicht eingeweiht. Der betrachtete also die Linien und hörte siebenmal, zwei sind kürzer. Er mußte jetzt die Entscheidung treffen, ob er seinen Augen trauen oder mit den Wölfen heulen sollte. Ergebnis: Von 10 Versuchspersonen haben 8 gesagt, die Linien sind kürzer, und zwei haben den Mut gehabt zu sagen, sie sind gleich.

Gleiches belegt übrigens die Meinungsforschung. Bei Meinungsumfragen nach Wahlen stellt man immer fest, daß die Partei, die die Mehrheit bekommen hat, 15 bis 20% mehr Stimmen erhält als tatsächlich am Wahlsonntag. Hinterher wollen diese Leute gern bei den Siegern gewesen sein. In Rundfunk- und Fernsehanstalten gibt es Untersuchungen über Resistenzfähigkeit der Meinungsbildner. Man nennt den, der in einem Kollegenkreis andere Meinungen zu sagen wagt, den Wellenbrecher. Hier müssen

wir einen Akzent setzen in dem Verhältnis zur Öffentlichkeit. Das heißt praktisch, daß man Leserbriefe schreibt, daß man sich zur Diskussion stellt, daß man junge und erwachsene Menschen in diese Welt einführt, und daß man Presse wirklich nicht als vom Teufel hält, nur weil es die schwarze Kunst ist. Der Umgang mit Journalisten muß gelernt werden! Hier ist ein Defizit im katholischen Raum, wo wahrhaftig die Orden ihre alte Pionierrolle übernehmen können. Es ist doch aufregend, daß die Deutsche Bischofskonferenz bis heute keinen Journalisten als Pressesprecher hat. Jedes Kultusministerium, jedes Finanzministerium hat einen gelernten Journalisten als Pressesprecher. Braucht nur die Deutsche Bischofskonferenz keinen?

Ich vermute, daß Sie durchaus ahnen, wie groß die Unkenntnis in unserer Kirche im publizistischen Bereich ist. Sie ist unvorstellbar groß. Wenn z. B. ein Journalist, der mit mir ein Interview über die Synode zu machen hatte, keiner Kirche angehört, nichts von dem kennt, was er fragen soll. Ein solcher Mann sagte mir bei einem Empfang des Landes Rheinland-Pfalz, daß er noch nie in seinem Leben einen Bischof gesehen habe. Ich bin mit ihm zu Bischof Stein gegangen, und dieser Journalist sagte: „Sie sollen Bischof sein, das sieht man ja gar nicht“. Bischof Stein hat großzügig reagiert. Es wurde ein Gespräch von einer halben Stunde, und als wir dann gingen, sagte der Journalist zu mir: „Sie, das ist ja ein Mensch!“ Das war ein Stück Mission. Was manche Journalisten an uns Ärgerlichem schreiben, ist manchmal nur Unkenntnis. Wir haben hier einen Auftrag, durch kleine Alltagsberichterstattung anzulocken, mit einzelnen ins Gespräch zu kommen. Ich sehe fast so etwas wie ein „Apostolat“ der Information von Journalisten über das, was Kirche und Christentum sind. Nehmen Sie die letzte Sitzung in Würzburg. In der Synode stand die Ehevorlage zur Debatte. Es ist gewiß auch Kenntnismangel, wenn selbst uns wohlgesonnene Journalisten nur dann ein „Okay“ über die Synode zu setzen bereit waren, wenn beschlossen worden wäre, daß Geschiedene morgen wieder heiraten dürfen und zu den Sakramenten zugelassen werden. Das wäre noch einmal ein menschenereicher, barmherziger Knüller. Ganz langsam kann Verstehen für die wahre Spannung dieser Probleme wachsen, wenn wir miteinander ins Gespräch eintreten.

Das gesamte Konzept katholischer Bildungsarbeit muß also als Konzept geistig formuliert werden und muß öffentlichkeitswirksam umgesetzt werden! Ich kann Ihnen hier nicht die abschließende Antwort geben, sondern im Gegenteil, ich möchte Sie einladen und aufrufen, über die Formen der Verwirklichung miteinander nachzudenken und auch über die Prioritäten miteinander nachzudenken.

Als Schlußpunkt möchte ich Ihnen ein Zitat von Thibon hinterlassen: „Links gibt es zuviele, die träumen; rechts gibt es zuviele, die schlafen; an uns ist es, wach zu bleiben!“.